

Die Lage

Karl Graf von Westphalen

Die ganze Wahrheit sagen

Man horcht auf in der Bundesrepublik. Wollen die Amerikaner eine neue Politik? Ist man sich in Bonn nicht mehr einig? Wohin treibt die Entwicklung? — Kritische, besorgte, ängstliche, aber auch durch nichts gerechtfertigte frohlockende Fragen dieser Art werden in diesen Wochen überall im Lande gestellt.

Die weltpolitische Lage zwingt zu Lösungen

Die USA und die Sowjetunion sind im Gespräch miteinander. Der Meinungsaustausch zwischen den beiden Weltmächten hat Ansätze für Lösungsmöglichkeiten erkennen lassen. Präsident Kennedy scheint überzeugt zu sein von dem Zwang zu einer auszuhandelnden Neuregelung des Status von Westberlin. In Washington weiß man offenbar, daß es höchst gefährliche Folgen haben kann, wenn die Lösung von Problemen, an denen sich jederzeit die Flamme des Krieges entzünden kann, weiter verschleppt wird. Kennedy scheint zu sehen, daß die Machtverhältnisse, wie sie sich entwickelt haben, der amerikanischen Politik eine Beschränkung auf das Mögliche nahelegen.

Das alles heißt nicht, daß sich die Amerikaner nunmehr schon zur Koexistenzpolitik bekennen. Selbst maßgebliche amerikanische Stimmen weisen darauf hin, die Schwenkung sei nur zu verstehen, weil Kennedy sich bessere Ausgangspositionen für künftige Auseinandersetzungen mit dem Osten sichern wolle. Nicht übersehen werden dürfen auch der gegenwärtige amerikanische Rüstungshaushalt — der größte in der Geschichte der USA überhaupt —, die amerikanische Süd-Ost-Asienpolitik sowie das Angebot des US-Außenministers auf der NATO-Tagung in Athen, den NATO-Verbündeten atomgetriebene U-Boote mit Polaris-Ausrüstung zur Verfügung zu stellen.

Das alles erlaubt die Feststellung, daß wir es — nach dem Scheitern der Dulles-Politik — zwar mit einer Besinnung Amerikas auf die weltpolitische Wirklichkeit, aber bisher nur mit der Respektierung eines Teils der Realitäten in der Welt zu tun haben, mit der Bereitschaft, gewissen gefährlichen Konflikten die Spitze zu nehmen. Nicht anders ist die veränderte amerikanische Haltung in der Berlin-Frage, und damit freiwillig oder unfreiwillig eingeschlossen, in der Deutschland-Frage zu verstehen. An den gefährlichen Spannungszuständen in Berlin und Deutschland sind die Vereinigten Staaten unmittelbar beteiligt, hier ist die Gefahr einer Explosion am größten. Der amerikanischen Regierung geht es hier deshalb darum, an diesem Abschnitt der Weltpolitik eine unhaltbar gewordene Lage auf ein für die USA erträgliches Maß zu reduzieren. Mit einem Wort: gemäß der Logik der machtpolitischen Tatsachen und der großen Gefahren für den Frieden ist eine andere Politik für die Vereinigten Staaten hier nicht mehr möglich, es sei denn die des Krieges. — Ob aus dem Zwang zu Kompromissen jemals mehr als ein taktisches Manöver wird, wird in großem Maße von der internationalen Entwicklung abhängen, nicht zuletzt davon, ob es in der Bundesrepublik den Kräften der Vernunft gelingt, den neuen Weg einer verantwortungsbewußten deutschen Politik zu finden und durchzusetzen. So wie die deutsche Politik der letzten Jahre

DIE LAGE

den weltpolitischen Kurs Washingtons im negativen Sinne beeinflusst hat, so muß und kann jetzt eine solche neue Politik als positiver Faktor auf die USA einwirken.

In welchem Maße sich die Machtverhältnisse in der Welt verschoben haben, in welchem Umfang und in welcher Richtung neue Tendenzen und Faktoren beginnen in der Weltpolitik eine Rolle zu spielen, läßt sich am bisherigen Verlauf der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz in Genf erkennen. In welchem Grade die Gespräche zwischen Rusk und Dobrynin in Washington und die Abrüstungsverhandlungen in Genf ineinandergreifen, inwieweit die Themen dieser Konferenzen die gleichen sind, inwieweit vor allem der moralische Druck der Neutralen in den Fragen Abrüstung und Entspannung einen Einfluß auf den west-östlichen Dialog zu nehmen beginnt, läßt sich auch daran ermessen, daß die Vereinigten Staaten das bekannte Vier-Punkte-Arbeitspapier nicht zuletzt im Hinblick auf die Haltung der Neutralen in Genf formulierten.

In der Tat muß es als Fortschritt angesehen werden, wenn heute, siebzehn Jahre nach Kriegsende, die großen Mächte und eine Reihe gewichtiger neutraler Staaten über die Abrüstung beraten. Es ist zwar nicht die erste Abrüstungskonferenz, die in Genf stattfindet. Aber es ist eine mit früheren Versuchen zur Abrüstung nicht zu vergleichende Konferenz, denn der Zwang zur Abrüstung lastet auf den gegenwärtigen Verhandlungen wie auf keiner Abrüstungskonferenz zuvor. Es ist nicht nur die ständige Bedrohung der ganzen Erde durch einen atomaren Krieg, es ist vor allem die Aussichtslosigkeit des Wettrüstens, das die Völker und vor allem die jungen neutralen Nationen auf den Plan ruft. Waren noch bei den letzten Konferenzen die Großmächte unter sich, bestand vorher noch die Möglichkeit, Abrüstungskonferenzen scheitern zu lassen, ohne daß in der ganzen Welt die Völker fragten: Wer trägt die Schuld? — so drängt dieses Mal die akut gewordene Gefahrensituation alle Völker zu einer Aufmerksamkeit, wie wir sie bisher nicht kannten.

Die Abrüstung ist heute in doppeltem Sinn zu einer Menschheitsaufgabe geworden: zur Aufgabe, unsere Erde zu retten vor der drohenden atomaren Verwüstung, und zur Aufgabe, sie zu befreien aus menschenunwürdiger Not und schlimmstem Elend. Es ist ein Anachronismus ohnegleichen, wenn heute noch immer zwei Drittel der Menschheit hungern, aber gewisse Staaten die Hälfte und mehr ihres Budgets für die Rüstung vergeuden. Der Druck, der von diesen beiden Menschheitsbedürfnissen ausgeht, ist in den vergangenen Jahren gewachsen, und die waffentragenden Großmächte müssen sich diesem Druck der jungen Staaten heute schon sichtbar anpassen.

Es ist daher kein Zufall, daß die alten Methoden, Verhandlungsergebnisse durch groß aufgebauchte Scheinforderungen zu verhindern, bei den neutralen Delegationen kaum noch verfangen. Erinnerung sei an das Auftreten des brasilianischen Außenministers Dantas, der das ganze Propagandagespinnst der angeblich so schwierigen Kontrollfrage mit dem schlichten Nachweis zerriß, daß die Registrierung nuklearer Explosionen dank der wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten unserer Zeit ohne weiteres zuverlässig vorgenommen werden kann. Peinlich für die USA war das Angebot Krishna Menons, rund um die Sowjetunion auf dem Gebiet neutraler Staaten ein zuverlässiges Kontrollsystem zu errichten. Der Westen mußte zugeben, daß er gar kein Interesse daran habe, weil ein derartig wirkungsvolles System von Kontrollstationen rund um die UdSSR längst errichtet sei. Interessant ist eine Äußerung der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 27. April 1962 zu diesem Thema: „In dem sowjetischen Argument, Kontrolle sei

gleich Spionage, steckt unter den gegenwärtigen Umständen ja tatsächlich ein Stück Wahrheit.“

Statt sich lange mit derartigen Scheingefechten abzugeben, drängten die Neutralen denn auch bald sehr zielstrebig auf die Behandlung eines Kernproblems: die Einrichtung atomwaffenfreier Zonen und auf ein Verbot der Weitergabe von Kernwaffen an dritte Mächte. Der Undén-Plan, der Rapacki-Plan sind zum Gesprächsthema geworden — jene Konzeptionen, die nach dem ursprünglichen Willen Washingtons und nach dem festen Willen Bonns nicht erörtert werden sollen. Zwar weigert sich die amerikanische Regierung nach wie vor, dem Plan einer atomwaffenfreien Zone in Zentraleuropa zuzustimmen; aber unter dem Druck der weltpolitischen Umstände, dem wachsenden Einfluß der Neutralen und nicht zuletzt der Gefahr der Isolierung formulierte Kennedy dann jenes, durch Bonner Indiskretion bekanntgewordene und vorhin schon erwähnte Vierpunktepapier, in dem u. a. mit besonderer Bezugnahme auf die Bundesrepublik eine Ausdehnung des Atomklubs verhindert werden soll.

„Helfer“, „Anpasser“ und „offene Kritiker“

Das Fiasko, in das die Bundesregierung und in gleichem Maße die Parteien des Bundestages durch die Eröffnung der Amerikaner und infolge der veränderten Kräftesituation in der Welt geraten sind, ist groß. Denn jede Abkehr, jede nur taktische Schwenkung, jeder Abstrich, den die Amerikaner von den bisher gemeinsam vertretenen Maximen vornehmen, muß sich nach Lage der Dinge auf die Bundesregierung und auf die im Bundestag vertretenen Parteien katastrophal auswirken.

Die nervösen, einander widersprechenden Erklärungen, die Dementis und Proteste, die Intrigen und Querschüsse von Regierung und den „Parteien in gemeinsamer Verantwortung“ gegen die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen bestätigen nur, daß man in Bonn weiß, was die Stunde geschlagen hat. Die Bundesregierung war und ist vor die unausweichliche Wahl gestellt, sich dem Kennedy-Kurs anzuschließen oder sich schon jenem halbwegs realistischen Vorschlag der USA zu widersetzen, auf die Gefahr hin, neben der Isolierung durch die neutrale Welt eine Isolierung auch durch die NATO-Verbündeten in Kauf zu nehmen. Oder soll sie versuchen, durch eine Scheinanpassung das Wohlwollen Washingtons zu bewahren, um auf die neuen Tendenzen im Sinne einer Abschwächung Einfluß nehmen zu können?

Die in den letzten Wochen aufgebrochenen und noch keineswegs beigelegten Meinungsverschiedenheiten über die für Bonn zweckmäßigste Reaktion dürfen auf keinen Fall überschätzt oder falsch interpretiert werden. Denn die prinzipielle Grundauffassung der extrem harten Gruppe um Adenauer, Strauß, Brentano und Krone und der anderen, ebenso extremen, jedoch weicher taktierenden Gruppe um Schröder und Gerstenmaier ist nach wie vor dieselbe. Es ist dies die Auffassung von der Aufrüstung um jeden Preis, der Verfügungsgewalt deutscher Generale und Politiker über Atomwaffen, der Nicht-Anerkennung der Nachkriegsgrenzen, der Ablehnung jeder Verständigung mit dem anderen deutschen Staat, der Härte und Schärfe nach außen und innen, des militanten Anti-Kommunismus als Pflicht-Haltung für jeden Bürger.

Allein von hier aus läßt sich das anpassungsfähigere Verhalten der Gruppe um Schröder beurteilen, nämlich als Versuch, durch eine gewisse Nachgiebigkeit die Möglichkeit zu erhalten, die Kennedy-Politik Zug um Zug „zurückzurollen“, oder, was dasselbe ist, den Amerikanern „zu helfen“, wie Wehner meint, zumindest aber so viel wie möglich von der Substanz der alten Politik zu retten.

DIE LAGE

Die andere, die extrem harte Gruppe dagegen, greift die amerikanische Politik frontal an. Wir haben es also mit einer gewollten oder nicht-gewollten Arbeitsteilung zur Verhinderung eines west-östlichen Übereinkommens in der Berlin- und Deutschlandfrage und ganz besonders in der Atomrüstung zu tun. Nichts wäre daher falscher, als in der Linie der „Helfer“ und „Anpasser“ und der Linie der „offenen Kritiker“ zwei verschiedene Linien sehen zu wollen. In beiden Fällen haben wir es nicht mit dem Anfang einer längst fälligen Neuorientierung unserer Politik zu tun, wie sie um des Friedens und der Wiedervereinigung willen unerlässlich geworden ist, sondern bestenfalls mit dem Versuch, den alten Wein in neue Schläuche umzufüllen.

Warum ist nun der Inhalt des amerikanischen Arbeitspapiers für Bonn nicht akzeptabel? Einmal, so heißt es, sei auch nur die geringste Einschaltung der DDR in die Abwicklung und Kontrolle des Berlin-Verkehrs, das geringste Mit- oder Nebeneinander von Bundesrepublik und DDR ein Schritt mehr zur Anerkennung des anderen deutschen Staates. Jede „Gemeinsamkeit“ wiederum sei der Wiedervereinigung abträglich. Für ebenfalls gefährdet erklärt Bonn den Gedanken einer Nichtangriffsvereinbarung zwischen NATO und Warschauer Pakt, denn auch dadurch werde die Existenz zweier deutscher Staaten bestätigt. (Sicherlich ist das nicht der einzige Grund, denn jede Nichtangriffsvereinbarung würde sich positiv auf die Abrüstung und psychologisch störend auf die Bonner Aufrüstungspläne auswirken.) Und schließlich würde nach Bonner Behauptung eine amerikanisch-sowjetische Vereinbarung, auf eine Weitergabe von Atomwaffen an noch nicht atomar ausgerüstete Mächte zu verzichten, die Grundprinzipien der westlichen Sicherheitspolitik in Frage stellen.

Die Bonner Reaktion ist also eindeutig negativ. Es war nicht schwer, diese Entwicklung vorauszusehen und vorauszusagen. In diesen „Blättern“ ist seit langem und von vielen Seiten vor den Folgen und vor der Fortsetzung einer Politik gewarnt worden, die im Grunde vom Tage ihrer Fixierung an eine Politik ohne Chancen war. Das Dilemma und die Aussichtslosigkeit dieses gefährlichen und überheblichen Kurses, mindestens seit der „Lektion vom 13. August“ („Die Zeit“) sichtbar, läßt sich nun nicht mehr länger verschweigen. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit ist der Bankrott dieser bundesdeutschen Politik offenbar geworden. Jeder Versuch, den unwiderruflich gescheiterten Kurs kaschieren zu wollen, macht unsere Lage nur noch schlimmer. Für alle, die sehen wollen, ist jetzt klar, daß diese Politik keine unserer Lebensfragen lösen konnte. Es bleibt daher nur die völlige Abkehr von der alten illusionistischen und die Orientierung auf eine neue, realistische Politik.

Die Neuorientierung unserer Politik ist unumgänglich geworden

Die Politik der hemmungslosen Aufrüstung und der einseitigen Westorientierung hat den Frieden gefährdet und die Wiedervereinigung in weite Ferne gerückt. Dennoch läßt sie — so widerspruchsvoll das klingt — die Wiedervereinigung Deutschlands nicht aus den Augen; doch soll sie nach Bonner Vorstellungen auf andere Weise als durch Verhandlungen realisiert werden. Für diesen Kurs fehlen nach Auffassung der Bundesregierung nur zwei Voraussetzungen: erstens muß die Bundesrepublik die Verfügungsgewalt über atomare Waffen bekommen, zweitens muß diese Politik nach innen durch Notstandsgesetze „zur Wahrung des inneren Friedens“ und für den „Ernstfall“ abgesichert werden.

Diese Politik ist zwar nicht mehr zu verstehen, sie entbehrt jeder Vernunft, aber dennoch wird sie mit dem Hinweis auf „unverrückbare Ziele“ fortgesetzt. In Bonn

will man auch nach dem 13. August einfach nicht wahrhaben, daß sich das Kräfteverhältnis in der Welt geändert hat. Die Bundesregierung will nicht sehen, daß die amerikanische Bereitschaft zu gewissen Konzessionen nichts anderes als ein Symptom und Beispiel für diese Verschiebung des Kräfteverhältnisses ist. Noch immer jagt man Illusionen nach, die da heißen „Befreiung“, „Anschluß“ und „Neuordnung“. Noch immer glaubt man, an der einzig möglichen Form der Auseinandersetzung zwischen West und Ost, der friedlichen Koexistenz, vorbeikommen zu können. Aber je länger und intensiver die Bundesregierung dieser Konzeption der Aussichtslosigkeit folgt, desto weiter entfernt sie sich von der weltpolitischen und deutschen Wirklichkeit.

Wie die Dinge bei uns nun einmal liegen, ist von Bundesregierung und Bundestag eine Besinnung nicht zu erwarten. Von dieser Seite kann die Öffentlichkeit eine konstruktive Behandlung der Lebensfragen unseres Volkes nicht erhoffen. In einer Zeit, in der die Welt über Möglichkeiten zur Abrüstung und Entspannung berät und einen deutschen Anstoß und Beitrag hierzu erwartet, erklärt der Bundeskanzler den Gedanken einer atomwaffenfreien Zone für ein „Hirngespinnst“. In einer Stunde, da alles auf die nationale Selbstbesinnung ankommt, ruft Strauß erneut nach Atomwaffen. In einer Stunde, da nur ein Punkt auf der Tagesordnung steht, nämlich Abkehr vom bisherigen Kurs, fordern die Herren Wehner und Brandt „gemeinsame Verantwortung“. Zwar geben SPD und FDP gleichzeitig die Parole von der „Anpassung“ an die amerikanische Politik aus, ohne jedoch auch nur einen konkreten Vorschlag zur Entspannung zu machen. Statt dessen erklärt Herr Erler wörtlich: „Abrüstungsdiskussionen sind noch keine Entschuldigung für das Unterlassen von Verteidigungsbemühungen.“ („Die Welt“ vom 31. 5./1. 6. 62.) Wer aber von „Anpassung“ redet und zugleich die Bundesregierung in ihrer Politik unterstützt, ja mit in die „gemeinsame Verantwortung“ gehen will, der will keine andere Politik, der strebt lediglich Ministerstuhl zur Rettung des bankrotten Kurses an. Denn schließlich ist der Zusammenbruch der Adenauerschen Außenpolitik zugleich der Zusammenbruch des „neuen Kurses“ der SPD. Wer wie Wehner, Brandt und Mende von „Anpassung“ redet, aber nicht bereit ist, auch nur einen Schritt zur innerdeutschen Verständigung zu tun, der will im Grunde nichts anderes als Strauß und seine Generale.

Für die deutsche Politik kann es nicht um „Anpassung“ gehen, nicht um eine „moderne“ alte Politik; für die deutsche Politik geht es um den ganzen Schritt in die weltpolitische und deutsche Realität. Der Zwang für die Vereinigten Staaten, mit der Sowjetunion eine Neuregelung des Status von Berlin auszuhandeln, ist kein Ersatz für deutsche Politik. Das amerikanische Interesse an einem neuen Übereinkommen über Berlin kann das weiterreichende deutsche Interesse an einer grundlegenden Wandlung zum Frieden und zur Wiedervereinigung nicht kompensieren.

Man begegnet hier und da der Sorge, daß eine Änderung unserer Politik Nachteile mit sich bringen könnte. Aber haben wir auch nur das Geringste aufzugeben oder zu verlieren, wenn die gefährliche und fiktive Politik der Bundesregierung durch eine neue Politik abgelöst wird? Effektiv tauschen wir ein großes, ja ein lebensgefährliches Risiko gegen ein geringeres ein. Nach Lage der Dinge brauchen wir nichts anderes aufzugeben als Illusionen. Eine Politik des Friedens und der guten Nachbarschaft nach Ost und West ist in unserer Lage lebensnotwendig. Eine Politik, die uns aus dem Magnetfeld des Krieges herausführt, liegt im Interesse der ganzen Nation. Eine Politik, die Milliarden aus dem Rüstungshaushalt freisetzt, würde die schleichende Inflation beseitigen und die soziale und wirtschaftliche Lage für alle Kreise des Volkes ver-

DIE LAGE

bessern. Wir brauchten nicht mehr zu „opfern“ und „maßzuhalten“. Eine Neuorientierung unserer Politik würde lediglich zu Lasten jener Ewig-Blinden und Unverbesserlichen gehen, die nunmehr zum drittenmal in diesem Jahrhundert, diesmal auf amerikanische Unterstützung hoffend, die Zeiger der Uhr zurückdrehen wollen. Wir glauben daher, daß es besser ist, jetzt und heute eine Wandlung zur Vernunft herbeizuführen, als auch nur einen Tag länger die alte selbstzerstörerische Politik fortzusetzen.

Wir sollten auch sehen, daß es die Weltöffentlichkeit nicht versteht, daß bei uns wieder jene Kreise am Werk sind, die seit 50 Jahren und mehr in kaltem und heißem Krieg machen. Sie versteht nicht, daß jene Kreise bei uns noch den Ton angeben, die unserem Volk vorgestern erzählten, das „perfide Albion“ müsse vernichtet werden, die gestern erklärten, unsere „Zukunft“ liege im Osten, und die heute mit dem „Fall Rot“ agitieren. Sie versteht nicht, daß bei uns noch immer jene kleinen Cliques und ihr Anhang die Szene beherrschen, durch deren Schuld unser Land in den Ersten Weltkrieg und in den Zweiten Weltkrieg gestürzt wurde; sie tragen letzten Endes die Verantwortung für die Einengung und Spaltung unseres Vaterlandes infolge zweier Krieg. Sie versteht nicht, daß jene, die von der Geschichte längst gewogen und als zu leicht und zu gefährlich befunden wurden, erneut das Zepter in der Hand haben. Ausländische Zeitungen und Kommentatoren fordern daher in letzter Zeit immer nachdrücklicher, daß der Bundesrepublik die Notwendigkeit des Endes der Ära Adenauer klargemacht werden müsse. „Wir wollen nicht in Rauch aufgehen, Herr Adenauer!“ heißt es im „Daily Telegraph“. Der „Guardian“ schreibt: „Adenauer selbst hat keine Alternativpolitik anzubieten. Zehn Jahre hat er argumentiert, daß der Weg zur deutschen Einheit lautet, das ostdeutsche Regime isoliert zu halten, bis es von selbst zusammenbricht. Alles was damit erreicht wurde, ist eine ständige Verstärkung Ostdeutschlands durch die Sowjets und eine Versteifung der Teilung zwischen Ost und West. Adenauers Standpunkt ist abgedroschen und gefährlich.“

Während im westlichen Ausland in zunehmendem Maße von der nötigen Änderung unserer Politik die Rede ist, sprechen SPD und FDP von der „persönlichen Tragödie eines alten Mannes“, dessen Alter „neue Männer“ erforderlich mache. Hier zeigt sich wieder einmal mehr, daß die deutsche Öffentlichkeit über den Bankrott einer dreizehnjährigen Ära getäuscht werden soll. Indem eine politische Pleite als „persönliche Tragik“ kaschiert wird, wird im Grunde zugegeben, daß es diesen Leuten nicht um die Ablösung einer Ära, sondern lediglich um die Auswechslung eines alten Mannes durch „neue Leute“ geht. Zur Diskussion steht aber nicht die Person Adenauer, zur Diskussion steht allein die Ablösung der Politik Adenauers durch eine unmißverständliche Koexistenzpolitik.

Deutsche Koexistenzpolitik aber heißt vor allem: wie gestalten wir unser Verhältnis zum anderen deutschen Staat? Diese Frage ist in der Tat zu einer Kernfrage für die deutsche Gegenwart und Zukunft geworden. Schlicht und einfach geht es um die Frage: sollen die beiden deutschen Staaten weiterhin in Feindschaft miteinander leben oder sollen sie in friedliche Koexistenz zueinander treten? Eigentlich hätte es nicht des 13. August bedurft, um Bonn das Illusorische seines gesamtdeutschen Anspruchs bewußt zu machen. Eigentlich hätte es nicht erst der Aufnahme eines offiziellen Abrüstungsvorschlages der DDR in ein UNO-Dokument bedurft, um Bonn den Widersinn und die Erfolglosigkeit seiner Politik vor Augen zu führen. Auch hätte der bundesdeutsche Steuerzahler -zig Millionen DM sparen können, die Bonn in den vergangenen Jahren und auch heute noch an Staaten zahlt, damit diese keine diplomatischen Beziehungen mit dem anderen deutschen Staat aufnehmen. Die amerikanische Politik scheint zu wissen, daß es so lange keinen Friedenszustand in Deutschland und Mitteleuropa geben wird,

DIE LAGE

als durch eine intransigente Nichtanerkennungspolitik kundgetan wird, daß man nicht gewillt ist, auf expansive Pläne zu verzichten. Es ist daher verständlich, daß die Frage der Anerkennung des anderen deutschen Staates zu einer bedeutenden Frage für die internationale Politik geworden ist, denn in entscheidendem Maße hängt davon der Frieden in Deutschland und Europa ab. Für uns kann es nicht darum gehen, ob uns das System in dem anderen deutschen Staat gefällt oder nicht; für uns geht es einzig und allein um die Frage: ob die beiden deutschen Staaten, deren Zusammenkommen ein langer Prozeß sein wird, in Frieden zueinanderfinden oder in einem Bruderkrieg gemeinsam untergehen. Für uns spielt eine Rolle, ob sich die beiden deutschen Staaten auf ein Programm nationaler Sicherheit durch Abrüstung, auf ein Minimalprogramm nationaler Gemeinsamkeit auf möglichst vielen Gebieten des Lebens einigen, oder ob sie weiterhin in Haß und Unversöhnlichkeit, sozusagen in kriegerischer Antixistenz sich feindlich gegenüberstehen.

Änderungen mit wem?

Die Zeit ist weitergelaufen. Wir sind nicht mitgegangen. Die Wunschträume der vergangenen Jahre sind zerplatzt. Das Warten auf günstige Gelegenheiten hat sich nicht nur nicht bezahlt gemacht, es hat uns nahe genug an den Rand des Krieges geführt. Heute hilft uns weder das bloße Nein zur Bonner Politik weiter, noch ein nur „halbrichtiges Weitertaumeln von Improvisation zu Improvisation“. Zu glauben, wir könnten Zeit gewinnen, uns der Verantwortung entziehen, uns mit halben Maßnahmen begnügen, würde unsere Situation nur noch verfahrenener machen. Auch der Wunsch und die Hoffnung auf Änderung von selber nutzen uns nichts. Sie wird niemals kommen, wenn wir nicht mutig anpacken. Es nutzt uns auch nichts die „Philosophie“, daß sich ja ruhig etwas ändern könnte, wenn sich nur nichts ändert.

Es nutzt auch nichts, sich lediglich zur Koexistenz mit Rußland zu bekennen, sie aber für Deutschland, für unser eigenes Land, abzulehnen. Es ist zwar entscheidend, ob man Frieden mit der führenden Macht des Ostens will oder nicht, aber für uns als Deutsche ist es ebenso entscheidend, ob wir Frieden mit dem anderen deutschen Staat wollen oder nicht. Dies müssen wir leider auch jenen Männern sagen, die in den letzten Monaten den Mut gehabt haben, manches entscheidende Tabu der Bonner Politik zu durchbrechen, die Verleumdung und Rufmord auf sich genommen haben, um das Volk vor den Gefahren einer Politik der Blindheit und des Hasses zu bewahren. Es genügt heute jedoch nicht mehr, lediglich Sektoren der Bonner Politik zu kritisieren, vielmehr kommt es darauf an, die ganze Wahrheit über die Gefährlichkeit dieser Politik rückhaltlos aufzudecken und den Weg zu einer Neuorientierung unserer Politik ohne Illusionen und in voller Klarheit aufzuzeigen und einzuschlagen.

In unserem Volk erkennen zwar viele, daß es so nicht weitergehen kann, aber ihnen fehlt der Mut zur Umkehr und zur Tat. Allzuvielen hoffen auch immer noch, zwar nicht mit militärischer Gewalt, aber mit einer gewissen Stärke im Rücken die Sowjetunion durch Verhandlungen über den militärischen Status Deutschlands zu einer Wiedervereinigung unter Preisgabe der DDR veranlassen zu können. Lange bestanden Chancen in dieser Hinsicht. Heute aber sind sie vertan. Es ist daher vergebliche Liebesmüh, solchen oder ähnlichen Phantomen nachzujagen.

•

Alle Schichten unseres Volkes müssen daher jetzt aktiv werden gegen diese Politik der Bundesregierung. Wichtig wird sein, daß wir uns dabei einig sind. Wir

haben aus unserer Vergangenheit die Lehren zu ziehen. Als Hitler an die Macht kam, da standen wir nicht gemeinsam gegen ihn auf. Auch damals schon stritten wir uns, ob wir uns gegenseitig genehm seien, ob wir uns miteinander sehen lassen könnten. Wir differenzierten und zerstritten uns auf weltanschaulichen und politischen Gebieten, während es einzig und allein darum gehen mußte, Hitler und seine Politik zu bekämpfen — aber gerade das unterließen wir. Wir sollten aus diesem Versäumnis lernen, denn heute steht allein zur Debatte: gemeinsam und über alle weltanschauliche und soziale Unterschiede hinweg die Bonner Rüstungspolitik zu bekämpfen. Wem nutzt es, wenn wir uns weiter über Fragen von morgen zerstreiten, wenn heute die Frage Krieg oder Frieden, Unter- gang oder Koexistenz zur Entscheidung steht? Wer das Morgen erleben will, muß daher mithelfen, im Bündnis mit allen einen neuen Weg durchzusetzen.

Wie bereitete sich das Unheil von 1933 vor? Es begann schon vor 1933, indem die demokratischen, anständigen und vernünftigen Kräfte in Deutschland es nicht schafften, sich zusammenzuschließen gegen die Weltgefahr Hitler. Dann kam das Ermächtigungsgesetz, das Hitler ein legales Alibi verschaffte. Jetzt stehen wir vor einem neuen „Ermächtigungsgesetz“, vor den Notstandsgesetzen, die wiederum, ähnlich wie damals, nichts anderes sind als die innenpolitische Begleiterscheinung der Aufrüstungspolitik. Hitler erklärte sein Ermächtigungsgesetz als eine Maßnahme zur Rettung der Nation aus akutem Notstand. In Wirklichkeit war es nichts anderes als der Freibrief für die Unterdrückung der demokratischen Kräfte und als der Freifahrtschein in den Krieg. Nach dem Ermächtigungsgesetz und vollzogener Aufrüstung berief Hitler sich dann auf § 1 des NS-Parteiprogramms, der Forderung nach „Selbstbestimmung“, und ließ die deutschen Truppen in die Tschecho- slowakei und dann in Polen einrücken. Alles das sollten wir heute weniger denn je vergessen!

Es hat sich eine Lage herausgebildet, in der nur die Gemeinsamkeit aller national- en Kräfte imstande ist, Deutschland zu retten. In weiten Schichten unserer Be- völkerung, in den Parteien, Gewerkschaftsverbänden, in den Kirchen und Jugend- organisationen hat eine ernste Sorge über den herrschenden politischen Kurs um sich gegriffen. Ein Prozeß der Überprüfung der bundesdeutschen Nachkriegspolitik hat begonnen und ergreift einen immer größeren Teil der verantwortungsbewuß- ten, denkenden Öffentlichkeit. Da es unvermeidlich ist, daß die Bonner Politik immer mehr in Widerspruch zu den politischen Realitäten in Deutschland und in der Welt gerät und in immer größerem Maße in Gegensatz zu den Interessen fast aller Schichten der Bevölkerung kommt, wachsen damit auch die Chancen zu der erstrebten Wende des politischen Kurses der Bundesrepublik. „Im Gegensatz zu den großen politischen Parteien der Bundesrepublik befürworteten bei einer Re- präsentativerhebung, die das DIVO-Institut in Frankfurt/Main vornahm, vierzig Prozent der Befragten eine Wiedervereinigung Deutschlands ‚durch Verhand- lungen mit der DDR‘. Nach Mitteilung des DIVO-Instituts sprachen sich 40 Prozent für und 25 Prozent gegen Verhandlungen mit der Sowjetzone aus, 35 Prozent nah- men zu der Frage keine Stellung. 40 Prozent der Befragten im Bundesgebiet und 34 Prozent in Westberlin erklärten, sie hielten die Wiedervereinigung für das wichtigste Problem, dem die Bundesrepublik gegenüberstehe.“ (Neue Rhein- Zeitung vom 21. 5. 62).

Mit Hoffnung und Genugtuung sollte besonders die mutige Haltung unserer Jugend zur Kenntnis genommen werden, die in den letzten Monaten auf zahl- reichen Tagungen und Konferenzen ihre Kritik am Kurs der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht hat. Es sei erinnert an den Ostermarsch, der in diesem Jahr einen Umfang und eine Breite erreicht hat wie nie zuvor. Es sei erinnert an die

jungen Menschen des DGB-Jugendkongresses in Westberlin, die entgegen dem Willen der Veranstalter und Referenten die atomare Bewaffnung, die Notstandsgesetzgebung und eine Verlängerung der Wehrpflicht abgelehnt haben. Bedeutsam ist auch die Tagung der Delegierten von 300 000 jungen Metallarbeitern, die auf ihrer Konferenz am 14. Mai in Stuttgart den Beschluß faßten, an jedem 1. September einen Anti-Kriegstag durchzuführen. Wir denken auch an die Frauenkonferenz des DGB, die auf ihrem diesjährigen Gewerkschaftstag in Nürnberg die Notstands- und Dienstleistungsgesetze zur Beschämung von SPD- und DGB-Führung verworfen haben. Diese Beispiele mögen zeigen, daß es trotz jahrelanger Propaganda nicht gelungen ist, die Vernunft und die Wahrheit zu ersticken. Wir denken dabei auch an die acht evangelischen Theologen und Laien, die sich in einem Memorandum gegen eine Ausweitung des Atomklubs ausgesprochen haben. Wir begrüßen ebenfalls die „Handreichung“ des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. In diesem Dokument wird die Existenz von zwei deutschen Staaten anerkannt und die Notwendigkeit der Koexistenz zwischen Bundesrepublik und DDR hervorgehoben. Wir begrüßen auch die Haltung von Th. Dehler, G. Bucerius und H. Kroll, die das Schlimmste für unser Volk verhindern wollen und für eine friedliche Politik nach Ost und West eintreten. Wir begrüßen die aufschlußreiche Stellungnahme des Generalsekretärs des Rates der Juden in Deutschland, van Dam, der in einem soeben erschienenen Artikel in der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ gegen die Neugründung der Deutschnationalen Volkspartei schreibt: „Viele glaubten, daß der Zusammenbruch des Reiches 1945 die Kenntnis und Erkenntnis von dem Phantom eines Regimes, das zum Amoklauf in das Nichts angetreten war, eine langjährige, wenn nicht bleibende Wirkung hatte. Es stellt sich immer mehr heraus, daß man derartige Erwartungen nicht zu hoch spannen darf und in der Analyse vorsichtig sein muß. Liest man manche Erzeugnisse der rechtsradikalen Presse, so erhält man den Eindruck, daß das „Gott strafe England“ aus der Zeit des Ersten Weltkrieges durch ein „Gott strafe Amerika“ abgelöst wird, wobei das Stichwort „Morgenthau“ wieder mühelos die Brücke zum Antisemitismus herstellt . . . Man mag mit Fug bezweifeln, ob es ein guter Tag für die Bundesrepublik wäre, wenn die jüdische Gemeinschaft in Deutschland die Konsequenz aus soviel Stupidität zöge und das Experiment einer jüdischen Existenz in Deutschland für gescheitert und beendet erklären würde. Hieraus wären dann allerdings auch zwingende Schlüsse für den Bestand der Demokratie abzuleiten . . . Das Schicksal gibt Menschen und Völkern einmal oder zweimal eine Chance, jedoch nicht am laufenden Band.“

Das alles mag zeigen, daß das, was in diesen „Blättern“ seit Jahr und Tag an Gedanken und Vorschlägen vertreten wird, heute in weite Kreise des Volkes Eingang gefunden hat. Hatte man unsere Gedanken nicht schon mehrmals für tot erklärt? Täuschen wir uns aber nicht, denn noch sind die Kräfte der Unvernunft stark. Es gilt daher, auch weiterhin keine Ruhe zu geben und solange un bequem zu bleiben, bis aus unserem Staat wieder eine lebendige, funktionierende parlamentarische Demokratie im Geiste des Grundgesetzes geworden ist, eine Demokratie, in der der Wunsch unseres Volkes nach Frieden und Sicherheit, nach Demokratie und Freiheit, nach Wohlstand und gesicherter Zukunft voll zur Geltung kommt. Das Gebot der Stunde lautet daher: Im Bündnis mit allen verantwortungsbereiten, demokratisch und freiheitlich gesinnten Kräften die Unbelehrbaren zurückzudrängen und die Bundesrepublik zu einem Staat zu machen, der sich zu einer unabhängigen und friedlichen Politik gegenüber Ost und West bekennt.

Was heißt deutsche Politik?

- Deutsche Politik kann nur sein, für Frieden und Entspannung, für Ausgleich und Verständigung zwischen West und Ost einzutreten; sich zur friedlichen Koexistenz zwischen den unterschiedlichen Systemen in West und Ost und in Deutschland zu bekennen.
- Deutsche Politik kann nur sein, aktiv für die Wiedervereinigung einzutreten. Da eine Wiedervereinigung nur in Frieden möglich ist, müssen beide deutsche Staaten sich bereit erklären, auf jede Gewaltanwendung zu verzichten. Damit eine politische Entspannung in Deutschland eintritt, müssen die beiden deutschen Regierungen über eine Verminderung der Rüstung, über die Normalisierung der Beziehungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet sowie über die Wiederherstellung eines normalen Reiseverkehrs verhandeln;
- Deutsche Politik kann nur sein, auf die atomare Bewaffnung zu verzichten. Darum muß auch die Bundesrepublik in aller Form sich bereit erklären, auf Besitz, Herstellung, Lagerung von Atomwaffen auch in fremdem Auftrag zu verzichten. Sie muß sich bereit erklären, einer atomwaffenfreien Zone beizutreten. Der Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomwaffen wäre ein entscheidender deutscher Beitrag zur allgemeinen Abrüstung, zur deutschen und europäischen Sicherheit und zum Frieden der Welt;
- Deutsche Politik kann nur sein, für eine Regelung der Westberlinfrage durch ein Abkommen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über den Status von Westberlin einzutreten. Ein solches Abkommen muß der Bevölkerung von Westberlin die freie Wahl ihrer Lebensform sichern. Es sollte Westberlin aus der Unsicherheit des „Frontstadtdaseins“ herausführen und bis zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands gelten. Die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik müssen dabei gesichert werden. Berlin könnte Sitz gesamtdeutscher Gremien sein;
- Deutsche Politik kann nur sein, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu allen Ländern des Ostblocks zu normalisieren und gleichzeitig gute Beziehungen zum Westen aufrechtzuerhalten;
- Deutsche Politik kann nur sein, daß sich beide deutsche Staaten zur militärischen Neutralität bekennen und eine schrittweise Loslösung aus NATO und Warschauer Pakt vereinbaren;
- Deutsche Politik kann nur sein, siebzehn Jahre nach Kriegsende auf den Abschluß eines Friedensvertrages zu drängen, der Deutschland das Recht auf Wiedervereinigung einräumt, die Grenzen bestätigt, die allmähliche Herauslösung Deutschlands aus den Blocksystemen vorsieht und die militärische Neutralität Deutschlands unter internationaler Sicherheitsgarantie vertraglich festlegt;
- Deutsche Politik kann nur sein, die Demokratie uneingeschränkt zu sichern und alle Angriffe auf die demokratischen Grundrechte entschieden zu bekämpfen. Die Notstands- und Dienstleistungsgesetze sind daher abzulehnen;
- Deutsche Politik kann nur sein, unsere Wirtschaft, unsere Finanzen, unsere Sozialpolitik von den hohen Ausgaben der Rüstungspolitik zu befreien; sich einzusetzen für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und die Verwendung der durch die Abrüstung freiwerdenden Mittel für die soziale und kulturelle Besserstellung aller Schichten.